

Interview mit dem abtretenden israelischen Botschafter Jacob Keidar über die geopolitische Lage, BDS, Hamas-Krieg und die israelische Demokratie

«Es gibt Dinge, die Israel von der Schweiz **lernen** kann»

INTERVIEW YVES KUGELMANN

tachles: Im Jahre 2016 sind Sie als Botschafter Israels in die Schweiz gekommen. Ihre Amtszeit unterschied sich bezüglich der aufgetretenen Themen von jenen Ihrer Vorgänger. Also keine Kriege, aber geopolitischer Wandel, Abraham-Accord, zuletzt Pandemie usw. Nun endet Ihre Zeit in der Schweiz mit einem erneuten Krieg zwischen Hamas und Israel.

Jacob Keidar: Natürlich hat die Situation im Nahen Osten auf meine Tätigkeit wie auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Israel einen Einfluss gehabt – auf letztere im positiven Sinn. Ich hatte angestrebt, dass die Schweizer Bevölkerung und die Behörden den Staat Israel weniger nur im Lichte des Nahostkonflikts sehen, sondern Dinge wie Handel, Innovation, Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie und Kultur in den Fokus rücken. Ich denke, dass der jüngste kurze Konflikt keinen grossen Einfluss auf das ausübt, was ich gerade beschrieben habe.

Der jüngste Krieg von Hamas gegen Israel zeigte erneut die Risiken für Israel gerade auch an der Nordgrenze durch die Hizbollah, die ein ganz anderes Waffenarsenal hat, gegen die Iron Dome nur bedingt nutzt. Wie gross ist die Gefahr für Israel in einen endlosen Konflikt verwickelt zu werden?

Ja, Sie haben Recht, wir leben in einer herausfordernden Nachbarschaft, in der terroristi-

«Israel muss alles tun, um ein Rechtsstaat zu bleiben.»

sche Organisationen wie die Hizbollah und die Hamas, die vom Iran unterstützt werden, geschworen haben, Israel zu zerstören. Beide, und vor allem die Hizbollah, verfügen über ein riesiges Raketens Arsenal und drohen, der israelischen Zivilbevölkerung wahllos zu schaden. Auf der anderen Seite hat die geopolitische Situation im Nahen Osten auch positive Elemente. Das Abraham-Abkommen hat die Beziehungen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko normalisiert und die Bedrohung des gesamten Nahen Ostens durch den Iran führte zu einem gemeinsamen Interesse zwischen Israel und vielen anderen arabischen Ländern. Die Abraham-Abkommen, zusammen mit dem Friedensabkommen, das wir mit Ägypten und Jordanien haben, garantieren, dass ein konventioneller Krieg nicht möglich ist. Dennoch warnen wir die Hizbollah und die Hamas ständig davor, militärische Abenteuer gegen Israel zu versuchen.

Erstmals ist der politische zu einem sozialen Konflikt zwischen arabischen und jüdischen Zivilisten geworden, der auf Israels Strassen ausgetragen wird. Droht ein Bürgerkrieg?

Leider gab es schon früher gewisse Zwischenfälle, aber wir wussten immer, wie wir das Zusammenleben zwischen israelischen Juden und israelischen Arabern fördern können. Ich bin sicher, dass es auch dieses Mal so sein wird. Ich bin froh zu sehen, dass die Polizei und das Rechtssystem sehr hart gegen die radikalen Hooligans auf beiden Seiten vorgehen, und wir werden nicht zulassen, dass irgendeine äussere Kraft wie der Iran oder die Hamas Israel spaltet. In den letzten Wochen habe ich so viele Demonstrationen der arabisch-jüdischen Solidarität im ganzen Land gesehen, und dies macht mich nicht nur hoffnungsvoll, sondern optimistisch.

Weltweit reagiert die Strasse bei Kriegshandlungen in Nahost. Wie ordnen Sie die aktuelle Situation ein?

Die Reaktionen, die ich in der Schweiz und in anderen Ländern gesehen habe, waren viel milder als 2014. Die Reaktionen vieler Länder, auch in Europa, waren positiv in dem Sinne, dass sie das Recht Israels auf Selbstverteidigung unterstützten und die Hamas dafür verurteilten, dass sie einen wahllosen Raketenbeschuss auf die israelische Bevölkerung initiiert hat.

Sie haben dafür spürbar die Kommunikation gegen aussen verändert.

Das war meine Absicht; ich tat mein Bestes. In einem gewissen Ausmass gab es Erfolge, speziell bei Verbesserungen der Zusammenarbeit in Wissenschaft, Innovation, Technologie und Handel. So haben etwa die SBB ein Büro in Israel eröffnet, die Migros und einige andere arbeiten jetzt mit Israel. Ich freue mich sehr, dass die Arbeit dieser Jahre Resultate gezeitigt hat.

Wie war die Situation, als Sie hier ankamen?

Es gab jene politischen Probleme, mit denen jeder israelische Botschafter konfrontiert ist und an denen ich gearbeitet habe, sowohl gegenüber den politischen Instanzen wie auch

Osnat Keidar Botschaftergattin und Covid-Expertin

Die Ehefrau von Botschafter Keidar, Osnat Keidar, hat einen Dokortitel im Bereich der öffentlichen Gesundheit und unterrichtet an der Schule für öffentliche Gesundheit in der medizinischen Fakultät der Hebräischen Universität. Als aktives Mitglied der Experten für öffentliche Gesundheit in Israel vertrat sie die Expertengruppe in Knesset-

Ausschüssen zu Fragen bezüglich Covid-19 und des Bildungssystems und war Mitautorin einiger Positionspapiere zu diesem Thema. Ausserdem ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung für Notfallmedizin am Inselspital in Bern tätig und beschäftigt sich mit der Gesundheit von Migranten und Flüchtlingen.



Der Botschafter in seiner Residenz.

gegenüber den Medien. Themen, die im Übrigen auch weiter aktuell sein werden, waren etwa das Stimmverhalten der Schweiz in der Uno, die Haltung gegenüber der UNWRA, die Einstufung der Hizbollah als Terrororganisation usw. Mit der Ende letzten Jahres durch den Bundesrat neu herausgegebenen Strategie haben wir indessen eine Änderung gesehen, indem die bilateralen Beziehungen mit Israel noch mehr Gewicht erhalten haben. Wobei die politischen Probleme aber nicht verschwunden sind.

Machte es Ihnen manchmal zu schaffen, dass Sie allenfalls beispielsweise bei Fragen zu Menschenrechten oder internationalem Recht andere als Ihre persönlichen Auffassungen vertreten mussten?

Ich bin seit 1983 im diplomatischen Dienst und habe in dieser Funktion immer die israelische Regierung, aber auch das Volk in seiner ganzen Verschiedenheit vertreten. Als Diener der Öffentlichkeit ist man Stimme und Auftritt der Israeli und nicht seiner eigenen Person.

Unter welcher Regierung war es für Sie am schwierigsten?

Immer nur unter jenen, die uns das Budget gekürzt haben... (lacht). Aber auf der politischen Ebene und in Bezug auf die grossen Themen hatte ich nie persönliche Probleme.

Wir haben Sie als sehr empathischen Menschen kennengelernt. Machte es Ihnen keine Probleme, etwa für die Behandlung afrikanischer Asylsuchenden in Israel eintreten zu müssen?

Israel steht grundsätzlich und bezogen auf alle Menschen gegen Rassismus und Gewalt, und ich repräsentiere ja auch diese Auffassungen. Ich glaube auch, dass Israel im Sinne der moralischen Werte zu den europäischen Ländern gehört.

Shimon Peres sagte allerdings vor rund zehn Jahren, dass sich Israel allenfalls mehr Richtung China als Europa orientieren würde.

Ich erinnere mich daran, aber ich denke, dass er das eher auf die Wirtschaft bezogen meinte, nicht auf die Werte. Wir betrachten Asien mittlerweile viel stärker als Handelspartner als früher, speziell China und Japan, und die wirtschaftlichen Verbindungen sind sehr essenziell für uns.

Wie geht man denn als Land mit wesentlicher eigener Genozid-Erfahrung etwa mit der Frage der Uiguren um?

Darüber weiss ich zu wenig, das Vorgehen Chinas gegen die Uiguren kann jedoch aus meiner Sicht nicht als Genozid bezeichnet werden. In jedem Fall ist es nicht mit dem Holocaust vergleichbar, aber wenn wir als Juden etwas gelernt haben müssen, dann sicher, dass wir

keinen Genozid geschehen lassen dürfen – egal wo.

Sollten starke Demokratien wie Israel und die Schweiz die Uiguren-Frage gegenüber China ansprechen oder doch eher darüber schweigen?

China hat eine Bevölkerung von über 1,3 Milliarden Menschen. Als ich als Diplomat in China einen führenden Politiker auf Menschenrechte ansprach, sagte er, dass die wichtigsten Rechte jene auf Nahrung, Bildung und Möglichkeit des Broterwerbs seien, und dass China diese nun seiner ganzen Bevölkerung gewähre. Das stimmt auch und ist verglichen noch mit den 1960er-Jahren eine wesentliche Verbesserung, und das Phänomen der wirtschaftlichen Öffnung ist ja auch eher neu. Man kann Länder in der Grössenordnung wie die Schweiz und Israel nicht mit China vergleichen – das sind ganz andere Massstäbe.

Umgekehrt passiert es ja wohl auch Ihnen, dass Sie von Vertretern anderer Länder auf die Menschenrechte etwa bezüglich der besetzten Gebiete angesprochen werden.

Ja, und die Antwort darauf lautet immer und überall, dass wir ein Land mit einer Situation sind, die Lösungen erfordert, und dies seit 73 Jahren, und dass diese Lösungen nicht so einfach zu finden sind, wie es manchmal behauptet wird.

Sind die Einmischungen anderer Länder in die Situation Israels eher ein Teil der Lösung oder ein Teil des Problems?

Die meisten Länder möchten wie Israel sicher ein friedliches Ende dieses Konflikts sehen. Aber was immer geschieht, es muss direkt zwischen den Palästinensern und Israel geschehen. Eine aufgezwungene Lösung von aussen ist nicht möglich und wird von beiden Seiten nicht akzeptiert. Allenfalls können die USA etwas bewirken.

Sehen Sie einen Unterschied zwischen der Trump- und der Biden-Regierung?

Etwas hat sich noch unter keiner Regierung verändert, nämlich die starke Freundschaft mit Israel. Jede Regierung mag ihre eigenen Ziele gehabt haben, aber in den wesentlichen Punkten standen sie immer hinter Israel. →

Die Biden-Regierung hat erklärt, stärker auf die Palästinenser einzugehen, ihnen mehr Hilfe zu gewähren, aber sie wird ihre Verantwortung und ihr Engagement für die Sicherheit Israels wahrnehmen.

Haben Trumps Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt oder seine Abraham-Abkommen die Situation zwischen Israel und den Palästinensern verbessert oder verschlechtert?

Ich denke, dass es dadurch eine positive Veränderung gegeben hat. Die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt dürfte letztlich einige Probleme aus dem Konflikt herausnehmen, denn die Stadt war ja stets einer der Hauptstreitpunkte. Diesbezüglich wurden nun Fakten geschaffen, die die Ausgangslage vielleicht weniger problematisch machen, und das gilt auch für die Abraham-Abkommen. Diese haben die arabischen Staaten vom palästinensischen Druck befreit, mit Israel keine Normalisierung der Beziehungen eingehen zu dürfen.

Haben die guten Beziehungen mit Saudi-Arabien die Situation Israels gegenüber Iran verschlechtert?

Israel hat unbeschweren seiner Verbindungen mit den Golfstaaten seine ganz eigenen Probleme mit dem Iran. Das iranische Regime betrachtet Israel als Staat, der zu eliminieren ist, es versucht, Atomwaffen zu bauen, entwickelt Langstreckenraketen und unterstützt bedingungslos Kräfte wie Hizbollah oder Hamas, die gegen Israel kämpfen, mit Waffen, Raketen und allem möglichen. Es gibt da auch noch die offene Rechnung von den Buenos-Aires-Attacken.

Israel hatte sich doch immer alle Optionen offengehalten – übrigens auch mit Russland. Kann Israel nicht zum Opfer der diesbezüglichen geopolitischen Situation werden?

Nein, das glaube ich nicht. Die Partnerschaft und die gemeinsamen Interessen sind viel wesentlicher als ein möglicher Opferstatus. Alle bisher einbezogenen Länder wollen den radikalen, gewaltbereiten Islam und die Aggression und nukleare Bedrohung durch Iran loswerden.

Im Juli verlassen Sie nun die Schweiz. Was werden Sie «mitnehmen» und vielleicht sogar in Israel zu implementieren versuchen?

Wie vermutlich meine Vorgänger habe ich versucht, den schweizerischen Föderalismus zu erklären. Israel täte gut daran, zu lernen, wie man unter Einbezug von rechts, links und der Mitte mit dem Konsensprinzip Lösungen findet. Wobei das zwar beispielsweise für Sicherheitsfragen wohl nicht funktionieren würde, aber es gibt Dinge, die wir von der Schweiz lernen könnten.

Während Ihrer fünfjährigen Amtszeit dienten Sie vier Regierungen, wenn auch immer mit dem gleichen Premier. Ist das nicht etwas schwierig?

«Viele Gemeindemitglieder sind stark mit Israel verbunden.»

Es ist sicher keine gesunde Situation, dass wir nicht fähig sind, eine solide Regierung zu finden. Wir müssen versuchen, so etwas künftig nach Möglichkeit zu vermeiden. Wobei die Lösung vermutlich nicht in einer Änderung des Wahlsystems liegen dürfte.

In der Schweiz etwa gibt es keine solche Machtkonzentration wie in Israel. Fehlt es dort an Gewaltenteilung?

Das israelische Volk hat in einem demokratischen Prozess einer bestimmten Partei diese Macht gegeben; diesen Volkswillen muss man respektieren wie überall sonst. Wir haben funktionierende Institutionen, die Gerichtsbarkeit und das Rechtssystem einerseits, die Regierung und das Parlament andererseits. Wir haben also durchaus die nötige Gewaltenteilung und sind stolz darauf. Andernfalls gäbe es ja nicht praktisch täglich entsprechende Probleme, die veröffentlicht werden.

Wobei der Premier ja versucht, die Unabhängigkeit der Gerichte zu torpedieren. Ist das nicht gefährlich?

Die Gerichte gehen ihrer Arbeit doch korrekt nach. Ich nehme die Kritik indessen wahr, und Israel als Nation muss alles tun, um die Trennung von Regierung, Parlament und Rechtssystem aufrechtzuerhalten und ein Rechtsstaat zu bleiben.

Betrachten Sie die jüngst erfolgte scharfe Kritik von Human Rights Watch und den Entscheid in Den Haag als antisemitisch, oder ist so etwas zulässig?

Man kann das Land ja für alles kritisieren. Manchmal schrammt diese Kritik hart an der Grenze zum Antisemitismus oder überschreitet sie, wie etwa, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird. Human Rights Watch geht leider zeitweilig auch über die rote Linie, zum Beispiel, wenn sie Israel einen Apartheid-Staat nennen. Sie haben eine konstante Tendenz, Israel als Staat zu delegitimieren, und das ist gefährlich. Das Urteil von Den Haag, das dem Internationalen Gerichtshof das Recht auf Untersuchungen zu Kriegsverbrechen gibt, halte ich im Übrigen für falsch und überwiegend politisch motiviert.

Wie sehen Sie die BDS-Bewegung?

Auch sie überschreitet die Grenze, indem sie Israel delegitimiert. Viele Anhänger von BDS sind meiner Auffassung nach Antisemi-

ten, auch wenn sie sich selbst nicht als solche betrachten. Es gibt viele Länder, in denen diese Bewegung ein Problem ist, und sie schaden auch dem Friedensprozess.

Wobei es für viele Leute eine unfaire Situation ist, dass Israel eben doch unbeschweren der Gründe drei Millionen Menschen unter Besetzung hält.

Dazu kann ich nur sagen, dass es in Israels Interesse ist, eine Lösung dafür zu finden, und wir haben es mehrere Male versucht. Wir wollen eigentlich nicht über diese palästinensischen Menschen regieren, und wir werden sicher weiter eine Lösung suchen und diese hoffentlich finden. Ich weiss aus persönlicher Erfahrung, dass es unter den Palästinensern viele gibt, die sich ungeachtet der auch eigenen Hürden darum bemühen, zu einer Koexistenz zu gelangen.

Sollte sich die Schweiz aktiver darum bemühen, eine Plattform für solche Verhandlungen zu bieten, so wie sie es jetzt auch zwischen den USA und Russland getan hat?

Israel würde sicher jedes Angebot eines demokratischen, offenen – und speziell neutralen – Landes begrüßen. Aussenminister Cassis hat das ja auch mehrfach angeboten. Aber wir werden abwarten und sehen müssen, was auf der palästinensischen Seite und in unserer Politik geschieht.

Wie waren Ihre Erfahrungen mit der schweizerischen jüdischen Gemeinschaft?

Ich war sehr glücklich, in einem Land zu dienen, das eine ansehnliche und lebendige Gemeinde mit vielen Aktivitäten und guten Leuten hat. Meine Kontakte waren demgemäss überall sehr gut und angenehm, sei es mit den Gemeinden oder auch mit dem SIG. Es war mir eine Ehre und ein Privileg, mit ihnen zusammenzuarbeiten und auch gute persönliche Beziehungen zu pflegen.

Hätten Sie Wünsche für die jüdischen Gemeinden und Menschen?

Ich hoffe, dass sie gewisse Herausforderungen lösen können, beispielsweise die Fragen der Sicherheit, von denen viele Gemeinden betroffen sind. Es wäre gut, wenn diese Probleme durch vermehrte finanzielle und logistische Hilfen von aussen, von lokalen Behörden oder Regierungen, erleichtert werden könnten. Ferner auch, dass sie ihr Gemeindeleben, vor allem für die jüngere Generation, noch stärken können.

Wie empfanden Sie die Einstellung zu Israel in den jüdischen Gemeinden?

Sie hatten immer ein offenes Ohr und grosses Interesse an dem, was in Israel vor sich ging. Viele Gemeindemitglieder sind stark mit Israel verbunden, und die Schweizer Gemeinde insgesamt ist für Israel sehr wichtig und engagiert sich auch sehr. Persönlich hätte ich mir keine besseren Beziehungen und keine bessere Kommunikation wünschen können. ●